

Landesregierung lobt Studiengebühren-Projekte

Wissenschaftsminister Corts zu Kurzbesuch an der Justus-Liebig-Universität, Staatssekretär Lorz an der Fachhochschule

Gießen (si). Das hessische Wissenschaftsministerium hat den beiden Gießener Hochschulen eine vorbildliche Umsetzung des »Studienbeitragsgesetzes« bescheinigt. Die Lehr- und Studiensituation habe sich vielerorts schon deutlich verbessert, sagte Ressortchef Udo Corts

gestern nach einem Rundgang durch die Justus-Liebig-Universität, wo er sich am Morgen über mehrere Einzelprojekte informiert hatte. Ähnlich äußerte sich Staatssekretär Ralph Alexander Lorz nach seinem Besuch an der Fachhochschule Gießen-Friedberg. Die Gelder kämen

ausschließlich den Studierenden zugute, bekräftigte er. Neben Corts und Lorz waren am Montag acht weitere Mitglieder der Landesregierung in Hessen unterwegs, um sich über die Verwendung der Gebühren zu informieren – und für sie noch einmal zu werben (siehe Seite 3).

Corts startete seine einstündige Tour um 8 Uhr morgens – begleitet von JLU-Präsident Stefan Hornuth und Vizepräsident Joachim Stiensmeier-Pelster – in der Psychologie, wo er zunächst das neu eingerichtete Lern- und Studienbüro besichtigte. Hier und in einem »Zwillingsraum« sind jeweils zwölf hochmoderne Computerarbeitsplätze entstanden, die interaktives Lernen ermöglichen. Allein dafür verwendete die Hochschule knapp 50 000 Euro an Studiengebühren. Investiert wurde außerdem in ein Tutorenprogramm, das »selbstgesteuertes und kooperatives Lernen und Arbeiten in der Schule« fördert und das insbesondere Lehramtsstudierenden zugutekommen soll. Die Inhalte wurden bisher in einer Massenvorlesung vermittelt – künftig kann der Stoff in Kleingruppen nachbearbeitet werden, wie Dekan Joachim Clemens Brunstein und Studiendekan Christof Schuster erläuterten.

In der benachbarten Universitätsbibliothek erfuhr Corts, dass mit Hilfe der Studienbeiträge die Öffnungszeiten auf jetzt 88 Stunden pro Woche verlängert werden konnten. Es gebe mehr Informationsveranstaltungen zu Literaturrecherche. Außerdem werde die UB in einem ersten Schritt jeden dritten ihrer 450 Arbeitsplätze mit moderner Hard- und Software ausstatten, berichtete Direktor Peter Reuter. Rund 300 000 Euro der Gebühren verwendet die UB allein in diesem Semester für dringend benötigte Lehrbücher.

In den Erziehungswissenschaften besichtigte Corts die »Lernwerkstatt und pädagogische Beratungsstelle« am Institut für Heil- und Sonderpädagogik, die auch mit schulischen und medizinischen Einrichtungen kooperiert. Hier wurde mit den Studienbeiträgen unter anderem ein neuer Raum geschaffen, in dem Studierende Bera-

tungsgespräche verfolgen und analysieren können.

Vor dem Pädagogik-Haus hatten rund 50 Studierende – vor allem aus den stark überlasteten erziehungswissenschaftlichen Bachelor-Studiengängen »Außerschulische Bildung« sowie »Bildung und Förderung in der Kindheit« – Corts lautstark mit Trillerpfeifen begrüßt. Es müsse »Bildung für alle« geben, und zwar ohne Studiengebühren, forderten sie. Instituts-Direktorin Christiane Hofmann informierte die Studierende später über die Präsentation und das Gespräch mit Corts, das – zum Ärger der Kommilitonen – hinter verschlossenen Türen stattgefunden hatte. Der Minister saß zu diesem Zeitpunkt, um kurz nach 9 Uhr, wegen eines Termins schon wieder im Dienstwagen.

Die Justus-Liebig-Universität

rechnet mit rund sieben Millionen Euro an Studiengebühren pro Semester. Bisher hat das Präsidium Projekte mit einem Gesamtvolumen von 8,7 Millionen Euro bewilligt. Davon werden allerdings nur 3,3 Millionen Euro noch im laufenden Semester ausgegeben, also deutlich weniger als die Hälfte der Gesamteinnahmen. Die Fachhochschule Gießen-Friedberg will dagegen die Gebühren – rund 3,2 Millionen Euro pro Semester – »nahezu komplett« noch in diesem Halbjahr ausgeben: das bekräftigte gestern Präsident Günther Grabatin nach dem Gespräch mit Staatssekretär Lorz. Die Präsidiumsmitglieder hatten ihm am Morgen zunächst das FH-Gebührenkonzept vorgestellt, das insbesondere auf eine verbesserte Laborausstattung und zusätzliches Personal setzt. Später besichtigte Lorz einige Einrichtungen, die

bereits Mittel erhalten haben, sowie im Erdgeschoss in der Wiesenstraße den Bereich, in dem der zentrale Empfangsservice eingerichtet wird. Studierende und Besucher der Fachhochschule werden hier ab Januar während der »Geschäftszeiten« Ansprechpartner finden.

Corts gibt Landesgarantie

Die Landesregierung will den Hochschulen Studiengebühren, die diese bereits ausgegeben haben, in voller Höhe erstatten, falls der Staatsgerichtshof das »Studienbeitragsgesetz« als nicht verfassungsgemäß verwerfen sollte. »Die Universitäten und Fachhochschulen haben volle Planungssicherheit, sie können sich auf uns verlassen«, sagte Corts gestern der Allgemeinen Zeitung.

Für ihn steht allerdings außer Zweifel, dass der Staatsgerichtshof das Gesetz billigen wird – trotz der Entscheidung des Gießener Verwaltungsgerichts, das mit Hinweis auf verfassungsrechtliche Bedenken dem Eilantrag eines Studierenden im Zusammenhang mit dessen Widerspruch gegen einen Gebührenbescheid stattgegeben hatte. Er habe keine Bedenken, dass die Justus-Liebig-Universität vorläufig keine Gebühren von den Studierenden verlange, die einen Antrag auf Aussetzung gestellt hatten, meinte Corts. Die Universität habe ihn frühzeitig informiert. Die Landesregierung respektiere diesen Weg, »schon weil wir mehr Autonomie für die Hochschulen wollen«.

An der Justus-Liebig-Universität haben bisher 50 Studierende einen Antrag auf Aussetzung der Gebühren gestellt. An der Fachhochschule Gießen-Friedberg sind es 17. Die FH habe sich für die gleiche Regelung wie die Universität entschieden; die Studierenden müssten bis zu einer rechtskräftigen Gerichtsentscheidung nicht zahlen, sagte Präsident Günther Grabatin.



Minister Udo Corts (l.) kam unter anderem in die Heil- und Sonderpädagogik (im Foto mit JLU-Präsident Stefan Hornuth und Institutsdirektorin Christiane Hofmann). (Foto: Schepp)